

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Bis in alle Ewigkeit – Atommüll ohne Ende

Für einen
verantwortlichen
Umgang mit dem
strahlenden Erbe
der Atomkraft.



© Jakob Huber

1. Herausforderung

Die AKW-Betreiber und öffentlichen Einrichtungen haben uns bisher mehr als 300.000 Kubikmeter Atommüll, davon mehr als 17.000 Tonnen hoch radioaktive Abfälle hinterlassen. Der Atommüll wurde (und wird) produziert, ohne dass es eine Perspektive für eine sichere Lagerung des Atommülls gibt. Durch den Weiterbetrieb von neun Atomkraftwerken nimmt der Atommüll weiter zu. Zahlreiche Regierungen auf Landes- und Bundesebene haben jahrzehntelang die erforderliche politische Verantwortung für den Schutz heutiger und künftiger Generationen vernachlässigt.

Verantwortliches Handeln ist jetzt gefragt: Der strahlende Atommüll muss für eine Million Jahre so sicher wie möglich gelagert werden. Der Weg zu einem risikoarmen und von einem breiten Konsens in der Gesellschaft getragenen Lager dauert Jahrzehnte. Dafür braucht es politische Entscheidungen, die länger halten als eine Wahlperiode.

Wohin also mit Deutschlands Atommüll? Nach Meinung des BUND muss es darum gehen, auf Grundlage von wissenschaftlich begründeten Kriterien und mit einer verlässlichen und wirksamen Beteiligung der Öffentlichkeit, das vergleichsweise am wenigsten gefährliche Atommüll-Lager in Deutschland zu suchen. Grundvoraussetzung ist der endgültige Atomausstieg.

2. Sackgassen

Gescheiterte „Endlager“: Morsleben und Asse

Sowohl das DDR-Atommüll-Lager bei Morsleben in Sachsen-Anhalt als auch das so genannte niedersächsische „Versuchsendlager“ in der Asse bei Wolfenbüttel – beide befinden sich in unterirdischen ehemaligen Salzbergwerken – erwiesen sich als nicht geeignet. In Morsleben zeigte sich dies auf dramatische Weise: Kurz nachdem ein Gesteinsbrocken in einen Hohlraum des Bergwerks stürzte – zum Glück lagerte dort kein Atommüll – stoppte 1998 eine Klage die Einlagerung weiteren Mülls; von dem dort bereits eingelagerten Müll gehen jedoch noch lange Zeit große Gefahren aus. Die Asse war von Anfang an für eine dauerhafte Einlagerung von Atommüll ungeeignet. Dennoch wurde dem Bergwerk von Wissenschaft und Behörden die Langzeitsicherheit bestätigt. Die Kritiker wurden nicht gehört. Bereits nach wenigen Jahren stellte sich dies als schwerer Fehler heraus. Seit 2011 ist belegt, dass Wasser in die Einlagerungskammern sickert und dabei Radionuklide aus dem eingelagerten Abfall aufnimmt. Aktuelle Beschlusslage ist, dass der Atommüll aus der Asse rückgeholt werden soll. Aber ob dies rechtzeitig gelingt, ist völlig offen. Was mit dem Müll dann geschehen soll, ist bislang ungeklärt.



© mc/fotolia.com

ren anhand von Sicherheitskriterien gegeben. Das Deckgebirge des Salzstocks ist stellenweise durchlässig und leistet daher keinen ausreichenden Beitrag zur Langzeitsicherheit. In unmittelbarer Umgebung und unter dem Salzstock befinden sich Gasvorkommen, der Salzstock selbst führt gasförmige und flüssige Kohlenwasserstoffe. Außerdem wurde für den Standort Gorleben nie eine angemessene Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. Nach den Enthüllungen über eine politisch motivierte Standortauswahl und geschönte Gutachten darf der Standort Gorleben in einem Standortsuchverfahren keine Rolle mehr spielen.

3. Atommüll lagert überall in Deutschland

Oft wird der Eindruck erweckt, es gebe nur noch ein Problem mit dem langfristigen Umgang mit dem Atommüll. Jedoch gibt es unzählige akute Probleme und Gefahren im ganzen Land. Dazu zählen der geplante Export hochaktiven Mülls in die USA, die akuten Auseinandersetzungen um Atommüll auf Hausmülldeponien und um den Abriss von AKW, die Neueinrichtung von Zwischenlagern, die Aufhebung der Genehmigung des Standortzwischenlagers Brunsbüttel und vor allem die Probleme bei der erforderlichen Rückholung des Mülls aus der Asse. Wer langfristig sicheren Umgang mit Atommüll verspricht, muss erst nachweisen, dass er/sie heute alles dafür tut, die akuten Gefahren zu minimieren. Davon kann bis heute keine Rede sein.

Riskante Zwischenlagerung

Castor-Behälter mit hoch radioaktivem Atommüll lagern in den zentralen Zwischenlagern in Gorleben, Ahaus und Lubmin. Daneben gibt es seit dem Verbot von Transporten in die Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und England standortnahe Zwischenlager in der Nähe der Atomkraftwerke. Alle Zwischenlager bieten nicht ausreichend Schutz. Zudem sind die standortnahen Zwischenlager nur für 40 Jahre genehmigt. Danach ist der Transport der Behälter in ein sichereres Atommüll-Lager vorgesehen. Ob ein solches Lager bis dahin existiert, ist mehr als fraglich. Gleichzeitig bedeutet eine noch längere Zwischenlagerung in alten Castor-Behältern ein großes Sicherheitsrisiko.

Freimessung

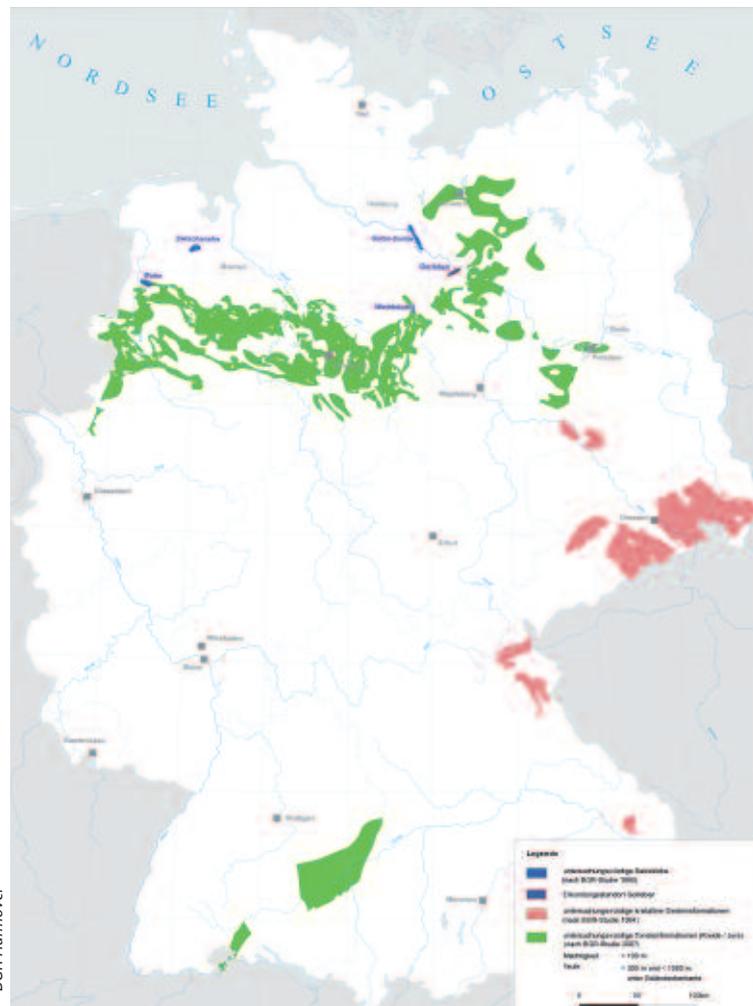
In Deutschland existiert die Möglichkeit, schwach radioaktive Reststoffe und Abfälle aus dem Zuständigkeitsbereich von Atomgesetz und Strahlenschutzverordnung in den konventio-

nellen Bereich zu entlassen („Freigabe“). Dies bedeutet, dass Materialien aus einem Atomkraftwerk, das rückgebaut wird, nach so einer „Freimessung“ auf einer normalen Hausmülldeponie landen können oder als Wertstoff wiederverwendet werden. Wegen der derzeit anstehenden gleichzeitigen Stilllegung von acht Reaktoren können die freigegebenen Mengen so groß sein, dass die Einhaltung des Strahlenschutzziels für die Bevölkerung durch Freigaben gefährdet ist. Der BUND lehnt die undeklarierte Freigabe radioaktiver Stoffe ab, weil dies den Zielen des Strahlenschutzes widerspricht und die Begründung der Freigabe-Grenzwerte fachlich nicht haltbar ist.

4. Wie sieht ein verantwortlicher Umgang mit dem Atommüll aus?

Vertrauen entsteht nicht durch Versprechungen, sondern durch überprüfbares transparentes Handeln. Deshalb fordert der BUND, den gesamten Atommüll und die Zwischenlagerung in ein umfassendes Konzept für den Umgang mit dem Atommüll einzubeziehen, den Export von Atommüll zu verbieten und die Verursacher nicht aus der Haftung für die Ewigkeitslasten des Atommülls zu entlassen.

Die Karte der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) zeigt untersuchungswürdige Salzstöcke und kristalline Gesteinsformationen (ausgewiesen 1995, vor der Festlegung von Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien durch den Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte – AkEnd (2002)) sowie untersuchungswürdige Tonsteinformationen (nach Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien des AkEnd). Bei anderen Lagerkonzepten (oberflächennahe Lagerung) sind potentiell auch weitere Regionen betroffen.





© Jakob Huber

Wie kann die Suche nach einem Lager für den hochradioaktiven Atommüll gelingen?

Die Atommüllfrage kann nur mittels einer breiten politischen und gesellschaftlichen Anstrengung angegangen werden. Deshalb braucht es eine echte Beteiligung der Öffentlichkeit bei Entwicklung und Durchführung des Standortauswahlverfahrens.

Muss der Atommüll rückholbar gelagert werden?

Das wichtigste Kriterium für Auswahl und Genehmigung eines Atommüll-Lagers ist die möglichst hohe Sicherheit und die Einhaltung von strengen Strahlenschutzgrenzwerten. Unter diesen Gesichtspunkten sehen die meisten Wissenschaftler eine tiefengeologische Lagerung des Atommülls mit natürlichen Barrieren als die sicherste Variante an. Allerdings zwingt das schnelle Scheitern des Atommüll-Lagers in der Asse zu der Erkenntnis, dass jede Entscheidung von Behörden und jede Prognose von Wissenschaftlern fehleranfällig ist. Deshalb wird es darum gehen müssen, bei der Lagerung von Atommüll Fehlerkorrekturen zu ermöglichen. Dies kann aus Sicht des BUND aber auf keinen Fall dazu führen, Abstriche bei den Sicherheitsanforderungen an ein Atommüll-Lager zu machen.

AKW-Betreiber müssen Standortsuche und Lagerung des Atommülls bezahlen

Für die Folgen der Atomenergie müssen die AKW-Betreiber aufkommen. Deshalb ist es inakzeptabel, wenn die Atomkonzerne mit Klagen gegen die Kostenregelungen des Standortauswahlgesetzes vorgehen. Wenn die bisher vorhandenen rund 36 Milliarden Euro Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau der Atomanlagen und die Atommülllagerung in der Hand der Stromkonzerne bleiben, ist die Finanzierung der Folgekosten der Atomenergie infrage gestellt. Der BUND fordert die Überführung der Rückstellungen für die Lagerung des Atommülls in einen öffentlich-rechtlichen Fonds. Die wirklichen Kosten für die Atom-

müll-Lagerung dürften höher liegen als die Rückstellungen. Deshalb dürfen die Konzerne auch bei einer Überführung der jetzt vorhandenen Gelder in einen Fonds nicht aus ihrer Haftung entlassen werden. Eine aktuelle Studie hat ergeben, dass die Betreiber deutscher Atomkraftwerke in den zurückliegenden Jahrzehnten mit den Rückstellungen für die Atommüllentsorgung Zusatzprofite in Höhe von 79 Milliarden Euro erwirtschaftet haben. Diese Gelder sind jedoch in den Bilanzen und Gewinnen der AKW-Betreiber verschwunden.

Öffentlichkeitsbeteiligung in den betroffenen Regionen starten

Das Verfahren muss so durchgeführt werden, dass von Anfang an alle interessierten Menschen und Regionen einbezogen werden, so dass eine intensive Debatte entsteht. Ein notwendiges Ergebnis dieser Phase muss ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens über das weitere Vorgehen bei der Standortauswahl sein. Dafür braucht es einen Start in den Regionen, die bereits jetzt und potentiell künftig von der Atommüll-Lagerung betroffen sind.

Betroffene Regionen müssen am Ende auch „Nein“ zu einem Atommüll-Lager sagen können. Nur eine solche Regelung führt dazu, dass von Beginn an ein hohes Interesse an einem transparenten, beteiligungsorientierten Verfahren entstehen kann. Nur so kann ein Suchverfahren gewählt werden, das von allen Beteiligten als fair und gerecht empfunden wird.

Der BUND wird weiter Druck für einen vernünftigen Umgang mit dem überall in Deutschland vorhandenen Atommüll machen. Auch wird er in der Atommüll-Kommission des Bundestages für ein besseres Suchverfahren mit echter Bürgerbeteiligung und ohne Gorleben streiten. **Weiterführende Informationen gibt es unter: www.bund.net/atommuell-kommission**

*Edo Günther,
Vorsitzender BUND
Schweinfurt: Ich habe
Verantwortung für
mich, meine Familie,
die Kinder und Enkel-
kinder – deshalb bin ich
aktiv im Kampf gegen
die menschenverach-
tende Nutzung der
Atomenergie.*



© privat

*Bettina Boll,
BUND Geesthacht:
Aufgewachsen in
Geesthacht – wenige
Meter vom AKW
Krümmel entfernt –
kämpfe ich seit mehr
als 30 Jahren für den
Atomausstieg und
gegen die GKSS
Forschungsreaktoren.*



© privat

*Klaus Brunsmeier, stellv.
Vorsitzender BUND:
Ich arbeite für den BUND in
der Kommission „Lagerung
hoch radioaktiver
Abfallstoffe“, um vor allem
das bisher unglaublich
schlechte Standortauswahl-
gesetz zu verbessern.*



© BUND/Jörg Farys

*Oda Becker,
Sprecherin der
BUND Atom- und
Strahlenkommission:
Als Wissenschaftlerin
halte ich eine ent-
schlossene Suche nach
einem risikoarmen
Endlager für dringend
erforderlich.*



© privat

Die Erde braucht Freundinnen und Freunde

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

An alle, die unsere Natur schützen und den kommenden Generationen natürliche Lebensgrundlagen erhalten wollen.

Zukunft mitgestalten – beim Schutz von Tieren, Pflanzen und Flüssen, bei der Stärkung des Verbraucherschutzes und natürlich beim Schutz unseres Klimas. Vor Ort, national und international. Wir laden Sie ein, dabei zu sein!

Unterstützen Sie unsere Arbeit für eine dezentrale und naturverträgliche Energiewende, weg von Kohle und Atom, hin zu erneuerbaren Energien.

Werden Sie jetzt BUND-Mitglied!
Ganz einfach unter: www.bund.net/mitgliedwerden

Impressum

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V (BUND) · Am Köllnischen Park 1 · 10179 Berlin · Telefon: 0 30/2 75 86-40 · www.bund.net · Text: Thorben Becker, Lisa Bieker
V.i.S.d.P.: Dr. Norbert Franck · Titelbild: Bundesamt für Strahlenschutz · Druck: Z.B.! · Gestaltung: N & U GmbH · Oktober 2014